



## Kampf um die Anonymität im Netz

Hacker rufen zum »Krieg« gegen Überwacher. Dissidenten schützen sich, Pädophile auch. Die NSA schaut zu. **Seiten 2 und 3**

Foto: imago



## Fehler im Freistaat

Petra Pau: Keine Beschneidung der Anti-Nazi-Prävention. **Seite 5**

Foto: dpa/jens Wolf



# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 5. November 2013

68. Jahrgang/Nr. 257

Berlinausgabe 1,60 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT Öko bleibt ein Wunschtraum

Grit Gernhardt über die Zahl der Plastiktüten in der EU

Da hat sich die EU ja etwas vorgenommen: Mit einer verbindlichen Vorgabe sollen die Mitgliedsstaaten die Menge ihrer Einwegplastiktüten reduzieren – möglichst um 80 Prozent in den nächsten Jahren. Bis wann genau, bleibt unklar, auch eine konkrete Zielvorgabe fehlt. Die zu ergreifenden Maßnahmen gegen wachsende Plastikmüllberge und quadratkilometergroße Abfallstrudel im Meer überlässt man ebenfalls dem Einfallreichum der Länder.

Aber zumindest guten Willen zeigt die EU-Kommission – und das auch noch, ohne die hiesige Wirtschaft in ihren Grundfesten zu erschüttern: Wie Umweltkommissar Janez Potočnik am Montag auf die Frage einer Journalistin antwortete, hat die Neuregelung nämlich praktisch keine Auswirkungen auf europäische Arbeitsplätze – die übergroße Mehrzahl der weltweit verwendeten Plastiktüten werde in China produziert. Da wird die Verpackungsindustrie vermutlich aufatmen, wenn sie sich nicht ohnehin schon in den Kommissionsvorschlag eingebracht hat.

Für die Umwelt ist es natürlich ein zu begrüßender Schritt, wenn die Menge des am Ende in Meeren und Tierkörpern landenden Mülls reduziert wird. Doch ist die EU-Vorgabe nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ein Verbot aller Plastiktüten wird damit zwar auf nationaler Ebene möglich gemacht, ob sich die Staaten dafür entscheiden, bleibt ihnen aber selbst überlassen. So wird »Jute statt Plastik« wohl weiter nicht mehr als ein Öko-Wunschtraum bleiben.

## UNTEN LINKS

Die Substanz dieses Beitrags wurde leider von der NSA abgeschöpft... (Jetzt geht das schon wieder los!) Also: Wir sind auf der Suche nach dem verlorenen Sinn. Auf der Suche nach der dabei verlorenen Zeit ist unser Praktikant Marcel. Prost! *ibo*

# Kommt nicht in die Tüte

Gefahr für Umwelt: EU-Kommission will neue Regeln gegen den »Müllkontinent«



Foto: ddp/Wolfgang Poelzer

Berlin. Die EU-Kommission will die Menge an umweltschädlichen Plastiktüten verringern. Dies wird aber nach Angaben aus Diplomatentreifen für die Bundesrepublik keine neuen Regeln nötig machen. Für »ein Verbot oder eine Abgabe« bestehe hierzulande »keine Veranlassung«, verlautete am Montag in Brüssel. Begründet wurde das mit dem existierenden dualen System in der Bundesrepublik, bei dem die Einzelhändler ein Entgelt für von ihnen in Umlauf gebrachte Tragetaschen zahlen. Daher stellen Plastiktragetaschen in Deutschland »kein relevantes Umweltproblem dar«. Dennoch begrüße man den Vorstoß grundsätzlich.

Die Kommission hatte einen Vorschlag von EU-Umweltkommissar Janez Potočnik angenommen, der eine Reduzierung des Mülls aus den Rückständen leichter Einwegplastiktüten vorsieht – besonders die Abfallmenge in den Meeren soll so deutlich verringert werden. Potočnik sagte, man strebe eine EU-weite Müllreduktion um 80 Prozent an. Der Vorschlag ist verpflichtend für alle Mitgliedsstaaten, Maßnahmen und mögliche Reduktionsziele bleiben jedoch den nationalen Regierungen überlassen. Marktbeschränkungen, Verbote, Abgaben oder Steuern sind demnach möglich.

Potočnik bezeichnete die Plastiktüte als »Symbol der Wegwerfgesellschaft« – die Men-

schen benutzten sie für ein paar Minuten, ihre Folgen wirkten jedoch jahrhundertlang nach. Einen »Kreuzzug gegen die Plastiktüte an sich« werde die EU jedoch nicht führen. Für seine Vorlage braucht der Umweltkommissar noch die Zustimmung der EU-Länder und des EU-Parlaments.

Einige EU-Staaten haben bereits nationale Regelungen zur Eindämmung des Plastikmülls, der die Gesundheit von Mensch und Tier gefährdet und die Umwelt verschandelt: So ist in Italien seit 2011 die Vermarktung herkömmlicher Plastiktüten verboten; in Irland müssen Kunden eine Abgabe von 44 Cent pro Tüte zahlen. *nd*

Seite 9

# Eine Mietpreisbremse für alle Fälle

Union und SPD haben unterschiedliche Vorstellungen / Grüne drängen auf Tempo

Auch wenn Union und SPD ihre Koalitionsgespräche in unzähligen Arbeitsgruppen beschleunigen wollen – am Montag ging es ums Bremsen. Die Mietpreisbremse stand zur Debatte.

Von Gabriele Oertel

Nachdem sowohl die SPD als auch die Kanzlerin – wenn auch unterschiedlich häufig – im Wahlkampf das Wort Mietpreisbremse in den Mund genommen haben, bleibt spannend, wie kräftig eine Große Koalition in Sachen Mietpreisbegrenzung auf die Klötzer steigen will. Denn während die Sozialdemokraten bislang eine bundeseinheitliche flächendeckende Regelung befürworteten, favorisiert die Union eine abgespeckte Variante. Nach der kann von den Bundesländern für sogenannte Gebiete mit erhöhtem Wohnraumbedarf eine Mietpreisbremse eingeführt werden, wie das schon seit dem schwar-

gelben Mietrechtsänderungsgesetz der Fall ist. Weshalb der amtierende Bundesbauminister Peter Ramsauer (CSU) auch andere Prioritäten setzt und verstärktem Wohnungsbau das Wort redet. »Indem Impulse für den Wohnungsbau gesetzt und die Wohneigentumsbildung erleichtert wird, können auch die Mieten dauerhaft bezahlbar bleiben«, heißt es in einem Papier aus seinem Haus.

Die Erfahrungen des Mieterbundes mit zum Teil bis zu 40 Prozent über der Ortsüblichkeit liegenden Wiedervermietungsmieten sind da allerdings andere. Deshalb erklärt Mieterbund-Direktor Lukas Siebenkotten gegenüber »nd« unter Verweis auf die Wahlversprechen von Union und SPD: »Die Mietpreisbremse muss und wird kommen.« Nach Einschätzung des Mieterbundes müsse die allerdings flächendeckend sein, weil sie dem Missbrauch von Marktmacht in München wie in Magdeburg verhin-

dern solle. »Wir halten eine flächendeckende Begrenzung der Wiedervermietungsmieten auf zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete für angemessen«, so Siebenkotten.

»Die Mietpreisbremse muss und wird kommen.«

Mieterbund-Direktor Lukas Siebenkotten

Während die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heidrun Bluhm, darauf verweist, dass für sie die schon jetzt möglichen Begrenzungen in einzelnen Regionen bis auf 15 Prozent der ortsüblichen Vergleichsmiete wie die auch von der SPD anvisierte Zehn-Prozent-Marke keine Mietpreisbremsen sondern

Möglichkeiten zu neuen Mieterhöhungen darstellen, sieht das Renate Künast von den Grünen anders. »Wichtig ist, dass eine neue Bundesregierung jetzt rasch eine Mietpreisbremse umsetzt statt sich in endlosen Debatten dazu zu profilieren«, erklärt Künast gegenüber »nd«. Sie verweist zugleich darauf, dass Woche für Woche in den Städten bezahlbarer Wohnraum bei Wiedervermietung, zu Lasten von Studierenden, Familien und Menschen mit kleinen Einkommen verschwindet. Deshalb hält die Grünen-Politikerin »eine Mietpreisbremse für Wiedervermietungen per Landesverordnung dort, wo Wohnraum knapp ist«, für das Gebot der Stunde. Ramsauer wird das freuen. Und derweil in der künftigen Koalition noch virtuell darum gestritten wird, wie viel Bremse nötig ist, protestieren noch bis Freitag Studenten bundesweit gegen die real existierende Wohnungsnot.

## Koalitionsknatsch nach erfolglosem Volksentscheid

Ausstattung des Berliner Stadtwerks bleibt rot-schwarzer Zankapfel

Berlin. Nach dem knappen Scheitern des Volksentscheids zur Berliner Stromversorgung deutete sich am Montag in der rot-schwarzen Senatskoalition eine neue Auseinandersetzung über die Ausstattung des geplanten Stadtwerks an. Die SPD will das Budget von 1,5 Millionen Euro pro Jahr für das Stadtwerk jetzt deutlich aufstocken. »Das ist bereits seit drei Wochen Gegenstand von Verhandlungen«, bestätigte der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh gegenüber »nd«. Differenzen in der Koalition gibt es auch bezüglich der Zuständigkeit für das neu zu gründende Stadtwerk: Während die CDU ihre Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer als verantwortlich sieht, hoffen die Sozialdemokraten auf einen Wechsel der Zuständigkeit in die Hände von Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos, für SPD) oder zurück zu Umweltsenator Michael Müller (SPD).

In der Senatspitze selbst war das Scheitern des Volksentscheids am Sonntag unterdessen als Bestätigung des eingeschlagenen Kurses gewertet worden. »Die breite öffentliche Debatte in den vergangenen Wochen hat auch gezeigt, wie wichtig vielen Berlinerinnen und Berlinern diese Themen sind. Das sollten wir alle als Rückenwind zur Umsetzung der Energiewende verstehen«, sagte der Regierende Bürgermeister Berlins Klaus Wowereit (SPD). Für die Union erklärte Innenminister Frank Henkel (CDU), dass er froh sei, dass sich das Land nicht unkontrollierbaren Milliardenrisiken aussetze. Ähnlich äußerten sich die Wirtschafts- und Unternehmerverbände.

Die Initiatoren des Volksentscheids, das Bürgerbündnis Berliner Energietisch, kündigten derweil an, trotz der Abstimmungsniederlage den rot-schwarzen Senat in Sachen Energie weiter antreiben zu wollen. »Eine außerparlamentarische Bewegung kann auch außerparlamentarisch Druck aufbauen«, sagte der Sprecher des Energie-tisches, Stefan Taschner. *nd/Kröger*

Seite 11

## KURZ

### Mursi-Prozess vertagt

Kairo. Der Prozess gegen den gestürzten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi ist am Montag kurz nach der Eröffnung auf den 8. Januar vertagt worden. Der erste frei gewählte Präsident Ägyptens erkennt das Gericht nicht an und will sich auch nicht von Anwälten vertreten lassen. *AFP/nd*

Seite 7

### Rohstoffimporte 2012 gestiegen

Hannover. Deutschland hat 2012 mehr Rohstoffe importiert als im Jahr zuvor, die heimische Rohstoffproduktion blieb weitgehend auf Vorjahresstand. Das gab die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe am Montag bekannt. *dpa/nd*

### 1900 neue Siedlerwohnungen

Jerusalem. Kurz vor dem Besuch des US-Außenministers John Kerry hat Israel den Bau von 828 Siedlerwohnungen in Ost-Jerusalem und weiteren 1061 im Westjordanland ausgeschrieben. Das teilte die Friedensbewegung Peace Now mit. *dpa/nd*

### Über 30 Terrortote in Irak

Bagdad. Bei Terroranschlägen und Attentaten sind in Irak am Montag 36 Menschen ums Leben gekommen. Unter den Toten waren nach Angaben der Polizei und lokaler Medien vier Selbstmordattentäter. Die Gewalt hat in Irak seit Jahresbeginn stark zugenommen. Inzwischen vergeht kaum noch ein Tag, ohne dass sich irgendwo in dem arabischen Land ein Selbstmordattentäter sprengt. *dpa/nd*

Einzelpreis Tschechien 67/77 CZK  
ISSN 0323-4940

